

Arbeitsgemeinschaft der Justiz-Fachgewerkschaften im dbb Rheinland-Pfalz

Arbeitsgemeinschaft der Justiz-Fachgewerkschaften
c/o: Yann Sterczyk, Dr.-Michel-Str. 9, 56112 Lahnstein

c/o: Yann Sterczyk
Dr.-Michel-Straße 9
56112 Lahnstein

Pressemitteilung

Datum
29.01.2015



Eilt sehr – sofort vorlegen – Freigabe: sofort Erreichbarkeit für Rückfragen

Gewerkschaft Strafvollzug
Bund der
Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

BDR – Bund Deutscher Rechtspfleger Rheinland-Pfalz **Frau Mayer 0177 - 5363435**
BSBD – Gewerkschaft Strafvollzug Rheinland-Pfalz **Herr Conrad 0170 - 9649561**
DAAV – Deutscher Anwaltsverein Rheinland-Pfalz **Herr Sterczyk 0261-130730829–**
DJG – Deutsche Justizgewerkschaft Rheinland-Pfalz **Herr Hau 0171 - 6845472**

DAAV
Deutscher Anwaltsverein
Landesgruppe Rheinland-Pfalz

Justiz am Ende!



Justizgewerkschaften warnen vor dem Kollaps der rheinland-pfälzischen Justiz – auch den Bürger wird es treffen

Permanenter Personalabbau, stetige Arbeitsverdichtung, mangelnde Einsicht bei vielen Verantwortlichen im Hinblick auf den eklatanten Personalmangel führen in fast allen Bereichen der rheinland-pfälzischen Justiz zu sehr ernsten Reaktionen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die prekären Arbeitsbedingungen bedingen immer höhere Krankheitsausfälle, Überforderung, Überarbeitung, Frust und daraus folgend Motivationsdefizite und innere Kündigungen. Wo die Arbeit dauerhaft nicht mehr aufgabengerecht, mit der nötigen Zeit und Sorgfalt und für alle Beteiligten zufriedenstellend erledigt werden kann, besteht die Gefahr, dass dies Alltag wird in den Gerichtsgebäuden, bei den Staatsanwaltschaften und hinter den Mauern der Haftanstalten!



Anlässlich ihres Jahresauftakttreffens in Mainz zeichneten die Gewerkschaftsvertreter ein düsteres Zukunftsbild. Zusätzlich wirken sich auch ein immer deutlicherer Bewerbermangel und eine schwierige Bewerberbindung belastend aus.

Arbeitsgemeinschaft der Justiz-Fachgewerkschaften im dbb Rheinland-Pfalz

Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sind am Ende ihrer Kräfte. Jede 4. benötigte Stelle steht nicht zur Verfügung. Dass gleichzeitig weitere Stellen abgebaut werden müssen, ist nicht nur schizophran, dies ist unverantwortlich gegenüber dem Bürger, aber auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen, so die Vorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Andrea Meyer.

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften sieht die Lage ähnlich aus. Auch hier wird dringend mehr qualifiziertes Personal benötigt um die häufiger werdenden Ausfälle auffangen zu können, erläuterte Helmut Hau von der Deutschen Justizgewerkschaft.

Im Strafvollzug sei die Schmerzgrenze erreicht wenn nicht sogar überschritten, kommentierte Winfried Conrad von der Gewerkschaft Strafvollzug die Lage hinsichtlich des nunmehr seit Jahren praktizierten ständigen Personalabbaus.

Bei den Amtsanwälten, die fast 2/3 aller Strafverfahren bearbeiten, ist die Personalausstattung ebenfalls schon zu lange desolat und entspricht nicht den Anforderungen an eine bürger- und zeitnahe Strafverfolgung. Der Landesvorsitzende, Yann Sterczyk, forderte eine den tatsächlichen Aufgaben angepasste Personalausstattung.

Die Gewerkschaftler waren sich einig, dass die neue Hausspitze im Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Akzeptanz und Unterstützung im Landtag und bei der Landesregierung erreichen muss für eine bessere, aufgabengerechte Ausstattung der Justiz und damit zur Abwendung der Gefahr für den Rechts- und Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz!

Die Hoffnung stirbt zuletzt, resümierten die Interessenvertreter der Justizmitarbeiter, - es muss endlich was getan werden!

Yann Sterczyk